

Knapp 100 Tage nach der Regierungserklärung

Wie Start-up-freundlich ist Grün-Schwarz in Baden-Württemberg?

Baden-Württemberg ist das Land der Gründer und der Erfinder – so ist das landläufige Image. Zumindest bei den Erfindern stimmt das immer noch, denn mit derzeit 133 Patentanmeldungen pro 10.000 Einwohner liegt das Ländle bundesweit unangefochten vorn. Schaut man sich hingegen die Unternehmensneugründungen an, zeichnet sich ein anderes Bild ab. Baden-Württemberg wird von den Start-up-Metropolen Berlin und Hamburg abgehängt – aber auch der Rückstand zu den Nachbarn in Bayern wächst weiter an, wie der jüngste KfW-Gründungsmonitor belegt.

Aktuelle Technologie- und Marktführer wie Bosch, Daimler oder Voith begannen ihren Siegeszug im späten 19. Jahrhundert. Aber im Zeitalter der Digitalisierung und der neuen Medien tauchen vollkommen neue Player wie Uber oder Tesla im Wettbewerb auf, die traditionell erfolgreiche Geschäftsmodelle infrage stellen. Ich möchte nicht schwarzmalen, aber es droht ein Rückstand beim Kampf um die zukünftigen Marktführer.

Leider bislang nur Lippenbekenntnisse

Die neue baden-württembergische Landesregierung, gleichzeitig die erste grün-schwarze Koalition in Deutschland, hat sich hohe Ziele gesteckt. Der Koalitionsvertrag trägt den Titel „Baden-Württemberg gestalten: Verlässlich. Nachhaltig. Innovativ.“ und gibt die Richtung vor, zum „dynamischsten Gründerland in Europa“ zu werden. Ein ehrenwerter Vorsatz, der in dem Papier mit verschiedenen Formulierungen untermauert werden soll. Unter anderem heißt es darin, „die Gründerlandschaft entwickeln wir insbesondere entlang von Schwerpunkten wie Smart Data, intelligente Systeme oder intelligente Mobilität weiter“. Leider sucht man vergeblich nach klaren Aussagen, mit welchen konkreten Maßnahmen der Standort kurz- und mittelfristig gesichert und fortentwickelt werden soll. Ebenso fehlt eine Idee, wie das Vorhaben finanziert werden kann. Wir können also nur hoffen, dass diesen Worten noch Taten folgen.

Yes, we can!

Denn die Voraussetzungen für eine dynamische Start-up-Kultur in Baden-Württemberg sind sogar wesentlich besser als in vielen anderen Regionen Deutschlands: Wir verfügen über eine Vielzahl von finanzstarken Technologieführern und innovativen Unternehmen. Perfekt für Unternehmensgründungen insbesondere im technischen Bereich, die kapitalintensiv sind und Geduld und Branchenkenntnisse bei den Investoren erfordern. Wir müssen es nur schaffen, diese Pferdestärken auch auf die Straße zu bringen. Angesichts unserer Wirtschaftskraft würde uns eigentlich der größte öffentliche Wagniskapitalfonds in Deutschland gut zu Gesicht stehen – der findet sich aber leider in Bayern.



Foto: © Fotolia/JCG

Mehr Lobby für junge Gründer

Es gibt bereits eine Vielzahl von Initiativen zur Unterstützung von Unternehmensgründungen in Baden-Württemberg, die oftmals von privater Hand initiiert werden. Eine Koordinierung dieser wichtigen Impulse sowie die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Gründer und Investoren wären vordringliche Aufgaben für die neue Landesregierung, die sie formulieren und tatkräftig angehen müsste. Zudem ist eine bessere finanzielle Ausstattung vonnöten – dann, das zeigt die Praxis, steigt auch das private Engagement. Und klar definierte, handlungsfähige Ansprechpartner bei Behörden und anderen öffentlichen Institutionen können unnötige bürokratische Hemmnisse verringern. Wenn Florian Nöll, Vorsitzender des Bundesverbandes Deutsche Startups, die Forderung nach einem Digitalministerium stellt, dann setzt er damit einen richtigen Impuls. Junge Gründer brauchen eine stärkere Lobby in der Regierungsarbeit und die richtigen Rahmenbedingungen. Es ist höchste Zeit. ■

Thomas Villinger

ist geschäftsführender Gesellschafter des zfhn Zukunftsfonds Heilbronn. Als Wagniskapitalgeber mit einem dreistelligen Millionen-Euro-Fondsvolumen investiert der zfhn seit mehr als zehn Jahren vorwiegend als Lead-Investor. Bevor Villinger zum zfhn stieß, hatte er bereits mehr als zwölf Jahre Erfahrung im Venture Capital-Bereich mit dem Schwerpunkt auf M&A und Private/Öffentliche Kapitalbeschaffung für Wachstumsunternehmen in Europa, den Golfstaaten und den USA.

